



Der Vorsitzende des
Ausschusses für Schule und Kultur
der Stadtverordnetenversammlung
Amt der Stadtverordnetenversammlung
E-mail: stadtverordnetenversammlung@wiesbaden.de
Rathaus-Schloßplatz 6-65183 Wiesbaden
Telefon (0611) 31-3397
Telefax (0611) 31-3902
Sachbearbeiter: Elke Kessel

Wiesbaden, 21.01.2010

1. Den Mitgliedern des
Ausschusses für Schule und Kultur
2. Den Fraktionen
3. Dem Magistrat
4. Nachrichtlich
Herrn stellv. Stadtverordnetenvorsteher

Einladung

zur öffentlichen Sitzung
des Ausschusses für Schule und Kultur
am Donnerstag, 28. Januar 2010, um 17:00 Uhr,
Rathaus, Raum 22 (EG), Schloßplatz 6, Wiesbaden

- Vor Eintritt in die Tagesordnung findet eine Bürgerfragestunde statt -

Tagesordnung I

1. Genehmigung der Niederschrift vom 03.12.2009

Bereich Schule:

2. Sachstand Martin-Niemöller-Schule
3. **10-F-01-0010**

Schulbudgets
-Antrag der SPD-Stadtverordnetenfraktion vom 14.01.2010-

Mit Schreiben vom 18.12.2009 an Wiesbadener Schulleiter hat die Schuldezernentin angekündigt, dass die Schulbudgets sowie die Verbrauchs- und Investitionsmittel mit dem laufenden Kalenderjahr erheblich gekürzt werden sollen. Hierzu werde im Januar eine Konkretisierung durch die Kämmerei erfolgen.

Der Ausschuss möge beschließen:

Der Magistrat möge berichten, mit welchen Kürzungen die Wiesbadener Schulen in diesem und den nächsten Jahren zu rechnen haben, und darlegen, wie unter diesen Bedingungen eine angemessene Fortführung der schulischen Arbeit und eine Aufrechterhaltung der pädagogischen Standards gewährleistet sein soll.

3.1. 10-F-06-0001

Keine Schulbudget-Kürzungen - kein Personalabbau bei Schulsekretariaten und Schulhausmeister-Stellen!
-Antrag der Stadtverordnetenfraktion Linke Liste Wiesbaden vom 19.01.2010-

In den Weihnachtsferien vor den Festtagen teilte die Schuldezernentin Schulen in der LH Wiesbaden drastische Kürzungen ihrer Schulbudgets mit bzw. kündigte weitere drastische Kürzungen im neuen Jahr 2010 an. Dies macht eine Berichterstattung des Magistrats im für Schulen zuständigen Fachausschuss dringend erforderlich und gibt Anlass zu einer Reihe von Fragen.

Der Ausschuss möge deshalb beschließen:

„Der Magistrat wird aufgefordert umgehend zu den von ihm bzw. von der Schuldezernentin vorgesehenen Kürzungen zu berichten und folgende Fragen zu beantworten:

Im genannten Schreiben der Schuldezernentin wird Schulen mitgeteilt, dass über die bereits von der Mehrheit der Stadtverordnetenversammlung beschlossene Kürzung der Schulbudgets um 2,35% (im Verhältnis zum Budget 2008) hinaus eine weitere Kürzung von 10%(!) vorgenommen wurde und (angekündigt für Januar 2010) eine weitere Kürzung der Schulbudgets erfolgen soll.

Der Ausschuss fragt deshalb den Magistrat:

- 1 Welche Schulen sind von diesen Schulbudget-Kürzungen betroffen?**
- 2 Ist der Magistrat der Auffassung, dass alle Schulen angesichts der ohnehin sehr knapp bemessenen Budgets bei solchen Kürzungen ihre Aufgaben in derselben Qualität werden weiter erfüllen können?**

Im Schreiben der Dezernentin wird den Schulen außerdem mitgeteilt: „Leider können wir Ihnen in den Jahren 2010 und 2011 für IM (GWG und investiv) keine Budgetmittel mehr zur Verfügung stellen.“

Der Ausschuss fragt deshalb den Magistrat:

- 1 Welche Konsequenzen hat dieser für die beiden kommenden Jahre angekündigte IM-Mittelentzug für die Schulen?**
- 2 Welche Konsequenzen hat dies für erforderliche Erhaltungs- und Renovierungsmaßnahmen an den Schulen?**

Im Schreiben der Schuldezernentin wird die Überleitung unverbrauchter Restmittel aus den Schulbudgets in Frage gestellt.

Dies widerspricht dem ständig propagierten Ziel einer „selbständiger werdenden Schule“, die die Verwendung der ihr zur Verfügung stehenden Mittel auch über das Haushaltsjahr hinaus plant. Auch wurde die Einführung der „doppischen Haushaltsführung“ immer wieder begründet mit der Abkehr von der schlechten Gewohnheit, am Ende des Haushaltsjahres alle Mittel zu verbrauchen, damit sie nicht verfallen.

Der Ausschuss fordert deshalb, dass unverbrauchte Restmittel bei den Schulbudgets ungekürzt ins Jahr 2010 übertragen werden!

Im Schreiben der Schuldezernentin wird weiterhin angekündigt, dass „alle freiwilligen Leistungen des Schulamtes“ eingestellt werden. Die Aufzählung der Schuldezernentin umfasst u.a. „z.B. Gesunde Schule, Grüne Schule, Schülermützen, Schulveranstaltungen, Schulfeiern, Schüleraustausch,...freigestellter Schülerverkehr usw.)“.

Der Ausschuss fragt deshalb den Magistrat:

- 1 Wie stellt sich der Magistrat vor, dass Leistungen für Schulveranstaltungen und Schulfeiern - z. B. Feiern zur Entlassung nach erfolgreicher Abschlussprüfung, zur Aufnahme von Schulneulingen, bei Schuljubiläen - „eingestellt werden“?**
- 2 Um welchen „freigestellten Schülerverkehr“ soll es sich handeln?**
- 3 Welche Leistungen wurden bisher erbracht um Schüleraustausch zu ermöglichen, die künftig wegfallen sollen?**

Für den Personalbereich teilt die Schuldezernentin eine Wiederbesetzungssperre mit, die für „alle Stellen und Funktionen von Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern, die beim städtischen Schulamt beschäftigt sind, somit auch für den Schulsekretär/die Schulsekretärinnen und Hausmeister/innen“ gilt. Derzeit werde „ein Vertretungskonzept“ erarbeitet, „um die Auswirkungen längerer Vakanzen zu reduzieren“.

Der Ausschuss fragt deshalb den Magistrat:

- 1 Wie viele Stellen (Vollzeitäquivalente) sind gegenwärtig im Schulamt in den verschiedenen Bereichen besetzt? Wie viele Stellen sind nicht voll besetzt?**
- 2 Wie viele erwerbslose Personen in so genannten Arbeitsgelegenheiten („1-Euro-Jobber/innen“) sind im Bereich des Schulamtes beschäftigt? In welchen Bereichen?**
- 3 Mit welchen Auswirkungen rechnet der Magistrat bei Verwirklichung einer Wiederbesetzungssperre?**

Der Ausschuss fordert den Magistrat auf die Überlegungen für eine Wiederbesetzungssperre unverzüglich fallen zu lassen und für die zügige Besetzung aller frei werdenden Stellen mit Fachpersonal in regulären Beschäftigungsverhältnissen zu sorgen.

Die Schuldezernentin äußert in ihrem Schreiben: „Bis zur endgültigen Genehmigung des Haushaltes 2010/2011 durch die Aufsichtsbehörde werden noch ein paar Monate vergehen.“ Sie weist daraufhin, dass so lange ein „Nothaushalt“ besteht.

Der Ausschuss fragt deshalb den Magistrat:

- 1 Wie viele Monate wird das Genehmigungsverfahren dauern?**
- 2 Ist erneut damit zu rechnen, dass - im Unterschied zur Genehmigung kameraler Haushalte in der Vergangenheit in wenigen Wochen - auch dieser „doppische“ Haushalt wieder monatelang ungenehmigt bleibt?**
- 3 Welche Äußerungen seitens der Aufsichtsbehörde liegen hierzu bereits vor?“**

4. 10-F-01-0006

Selbstständige Schule

-Antrag der SPD-Stadtverordnetenfraktion vom 14.01.2010-

Mit Beschluss vom 12.02.2009 hat die Stadtverordnetenversammlung auf Antrag der Jamaika-Koalition den Magistrat beauftragt mit der Landesregierung „kurzfristig [...] Einzelheiten des Konzepts >Selbstständige Schule< [...] zu klären.“

Der Ausschuss möge beschließen:

Der Magistrat wird gebeten darzulegen, wann - nach nunmehr fast einem Jahr - mit der kurzfristigen Klärung zu rechnen ist.

Insbesondere möge der Magistrat aufzeigen, welche personelle, logistische und finanzielle Unterstützung jene Schulen von Seiten der Landesregierung erwarten können, die sich für den Weg einer „Selbstständigen Schule“ entscheiden.

Auch möge der Magistrat darstellen, ob er seinerseits bereit ist, den betreffenden Schulen durch flankierende Maßnahmen, z.B. durch entsprechende Schulungen sowie die Einstellung von fachlich qualifiziertem Verwaltungspersonal, den Schritt in die Eigenverantwortung zu ermöglichen, sofern das Land sich dieser Verpflichtung entziehen sollte.

5. 10-F-01-0007

Sanierungskonzept Carl-von-Ossietzky-Schule

-Antrag der SPD-Stadtverordnetenfraktion vom 14.01.2010-

Das Dezernat für Schule und Gesundheit hat in der Ausschusssitzung am 05.11.2009 sein Bedauern eingeräumt, dass das seit November 2007 vorliegende Baugutachten sowie das modulare Sanierungskonzept für die Carl-von-Ossietzky-Schule bislang nicht in den Magistrat eingebracht und den städtischen Gremien (Ausschuss, Stadtverordnetenversammlung) zur Kenntnis gebracht wurde, und zugesichert, dies umgehend nachzuholen.

Der Ausschuss möge beschließen:

Der Magistrat wird nachdrücklich gebeten darzulegen, warum die Zusagen aus der Novembersitzung des Ausschusses bis dato nicht eingelöst wurden und diesen nun definitiv umgehend nachzukommen.

6. 10-F-01-0011

Schulsanierung

-Antrag der SPD-Stadtverordnetenfraktion vom 14.01.2010-

Presseberichten zu Folge möchte sich Oberbürgermeister Dr. Helmut Müller zukünftig nicht mehr vom Zustand der Schulen überraschen lassen und nun die „Wiesbaden Immobilien Management GmbH“ (WIM) den Zustand der Schulen analysieren lassen. Ebenfalls der Presse zu entnehmen war, dass die interne Prüfung für interne PPP-Projekte zur Schulsanierung bzw. -neubau abgeschlossen sei.

Der Ausschuss möge beschließen:

Der Magistrat wird gebeten einen umfassenden Bericht zu den Entwicklungen im Bereich des Schulbaus zu geben. Von besonderem Interesse sind hierbei:

- 1 Was ist der Grund für Überlegungen, eine Untersuchung durch die WIM - und nicht durch das Hochbauamt, dessen originäre Aufgabe Neubau-, Umbau und Erweiterungsmaßnahmen an städtischen Gebäuden bzw. die bauliche Unterhaltung dieser Liegenschaften ist - vornehmen zu lassen?
- 2 Soll der Zustand der 78 Wiesbadener Schulen regelmäßig nach bestimmten Kriterien kontrolliert werden oder soll es sich um eine einmalige Untersuchung handeln?
- 3 Bisher ist in der Debatte um notwendige Schulsanierungen der Eindruck erweckt worden, es handle sich nicht um ein Erkenntnisproblem auf Seiten des Magistrats, sondern um ein Umsetzungs- und Finanzierungsproblem. Welcher zusätzliche Erkenntnisgewinn ist also aus einer solchen Untersuchung zu erwarten?
- 4 Werden die fünf Schulen, für die bereits eine Wirtschaftlichkeitsprüfung erfolgte, ebenfalls in diese Analyse einbezogen?
- 5 Folgt aus der möglichen Untersuchung der Schulen durch die WIM eine Prioritätenliste für zukünftige Schulbaumaßnahmen? Wird die Untersuchung auch als Entscheidungsgrundlage für so genannte interne PPP-Projekte mit städtischen Gesellschaften dienen?
- 6 Ist die interne Prüfung zur Machbarkeit interner PPP-Projekte bereits abgeschlossen? Was ist das Ergebnis dieser Prüfung? Nach welchen Kriterien wird dann das interne PPP auf welche Schulen angewandt?

7. 10-F-25-0002

Förderung von Kinder und Jugendlichen mit Migrationshintergrund an Wiesbadener Schulen
-Gemeinsamer Antrag der Fraktionen von CDU, Bündnis 90/Die Grünen und FDP für die Sitzung des Ausschusses für Schule und Kultur am 28. Januar 2010-

In der FAZ vom 16.1.2010 werden die Aussagen des Oberbürgermeisters, Dr. Müller, wie folgt wiedergegeben:

„Er erinnerte daran, dass beinahe ein Drittel der Wiesbadener eine Migrationshintergrund habe. Der Anteil an der Bevölkerung wachse, aber der Anteil unter den Gymnasiasten sei zu gering. Darum müsse man dringend etwas für ihre Schulbildung tun.“

Der Ausschuss für Schule und Kultur wolle beschließen:

Der Magistrat wird gebeten zu berichten,

1. Wie hoch ist der Anteil der Kinder und Jugendlichen mit Migrationshintergrund in den Gymnasien?
2. Wie hoch ist der Anteil der Kinder und Jugendlichen mit Migrationshintergrund in den derzeitigen Abiturjahrgängen?
3. Wie hoch ist der Anteil in den 5. Klassen?
4. Werden Gymnasien mit angemessenem Migrantanteil gezielt unterstützt (Ausstattung, Profilbildung, bildungsorientierte Ganztagsmaßnahmen, musisch-künstlerische Bildung, Bibliotheken)?
5. Wie hoch ist der Anteil der Kinder und Jugendlichen mit Migrationshintergrund an Schulen mit gymnasialem Bildungsgang **außerhalb** der Gymnasien?
6. Werden Schulen mit gymnasialem Bildungsgang außerhalb der Gymnasien mit angemessenem Migrantanteil gezielt unterstützt (Ausstattung, Profilbildung, bildungsorientierte Ganztagsmaßnahmen, musisch-künstlerische Bildung, Bibliotheken)?
7. Wie hoch ist der Anteil der Kinder und Jugendlichen mit Migrationshintergrund in den Fachoberschulen?

8. 10-F-03-0001

Bildungschancen und Lernbedingungen an Wiesbadener Grundschulen am Übergang zur Sekundarstufe I

-Gemeinsamer Antrag der Stadtverordnetenfraktionen von CDU, Bündnis 90/Die Grünen und FDP vom 20.01.2010-

Im Auftrag der Landeshauptstadt Wiesbaden hat die Universität Mainz, Institut Soziologie, in 2008 eine ergänzende Untersuchung zum „Sozialbericht zur Bildungsbeteiligung in Wiesbaden“ vorgelegt. Die Stadtverordnetenversammlung hat den Projekt- und Ergebnisbericht „Bildungschancen und Lernbedingungen an Wiesbadener Grundschulen am Übergang zur Sekundarstufe I“ zur Kenntnis genommen und empfohlen, diesen Bericht in den Ausschüssen für Schule und Kultur, für Soziales und für Bürgerbeteiligung, Völkerverständigung und Integration weiter zu behandeln. Der Bericht dokumentiert unter anderem, dass Kinder aus „Unterschichtsfamilien“ schlechtere Bildungschancen aufweisen als Kinder aus höheren sozialen Schichten. Zudem wird konstatiert, dass die schlechteren Bildungschancen von Kindern mit Migrationshintergrund letztendlich ein „Unterschichtsphänomen“ sind. Darüber hinaus empfehlen die Autoren des Berichts, ähnliche Erhebungen in regelmäßigen Abständen durchzuführen.

Der Ausschuss wolle daher beschließen:

Der Magistrat wird gebeten zu berichten:

1. Beabsichtigt die Landeshauptstadt ein regelmäßiges Berichtswesen zu etablieren, um die weiteren Entwicklungen zu den Bildungschancen und Lernbedingungen an Wiesbadener Grundschulen zu dokumentieren und nachvollziehen zu können?
2. Welche Maßnahmen hat die Landeshauptstadt Wiesbaden seit Vorliegen des Ergebnisberichts veranlasst, um der Entwicklung sozialer Unterschiede im Kontext der Bildungsbeteiligung und des Bildungserfolges entgegen zu wirken?
3. Welche Maßnahmen sind in Planung, um bildungsferne Eltern zu erreichen und sie beim Übergang ihrer Kinder von der Grundschule in weiterführende Schulen mit dem Ziel zu unterstützen, den Kindern Wege zu höheren Bildungsabschlüssen zu eröffnen?

9. 10-V-40-0001

DL 02/10-8

Soko 44+ - Sachstandsbericht über die Mittelverwendung

10. 09-F-25-0091

Digitale Wandtafeln in der Schule

-Gemeinsamer Antrag der Stadtverordnetenfraktionen von CDU, Bündnis 90/Die Grünen und FDP vom 21.10.2009-

ANLAGE: Bericht des Magistrats (Dezernat VIII) vom 15.12.2009

11. 09-F-25-0045

Mit dem Rad zur Schule

-Gemeinsamer Antrag der Fraktionen von CDU, Bündnis 90/Die Grünen und FDP vom 20. April 2009-

ANLAGE: Beschluss Nr. 0180 vom 03.12.2009

Bereich Kultur:

12. 10-F-01-0005

Walkmühle

-Antrag der SPD-Stadtverordnetenfraktion vom 14.01.2010-

Am 02. Juli 2009 hat die Stadtverordnetenversammlung den Magistrat beauftragt, „ein finanziell tragfähiges Konzept zur dauerhaften Nutzung der Walkmühle als Zentrum der bildenden Kunst in Kooperation mit dem Künstlerverein Walkmühle e.V. vorzulegen.“

Der Ausschuss möge beschließen:

Der Magistrat wird gebeten einen Bericht zum Sachstand der Konzepterarbeitung zu geben und darzulegen, in welcher Weise die Kooperation mit dem Künstlerverein Walkmühle e.V. erfolgte. Von besonderem Interesse dabei ist, inwieweit durch vertragliche Regelungen eine dauerhafte Nutzung der Liegenschaft durch den Künstlerverein und der Erhalt der Bausubstanz bzw. deren umfassende Sanierung sichergestellt werden können.

Des Weiteren wird der Magistrat gebeten zu berichten, ob er auch mit anderen Personen oder Institutionen über den Fortbestand der Gesamtanlage verhandelt bzw. in Gesprächen ist, und was das ggfs. für den Künstlerverein an Folgen mit sich brächte.

13. 10-F-01-0009

Schlachthof

-Antrag der SPD-Stadtverordnetenfraktion vom 14.01.2010-

Am 14. Mai 2009 hat die Stadtverordnetenversammlung den Magistrat gebeten, ein Gesamtkonzept für die statische und energetische Erneuerung als auch für Erweiterung der Veranstaltungshalle des als Kulturzentrum genutzten ehemaligen Schlachthofs vorzulegen.

Der Ausschuss möge beschließen:

Der Magistrat wird gebeten zu den Planungen für das Kulturzentrum Schlachthof einen Sachstandsbericht zu geben. Wie weit sind diese inzwischen fortgeschritten? Welche Veränderungen, z.B. zum Thema Brandschutz, zum Arbeitsschutz oder zu den Maßnahmen zum wirtschaftlichen Betrieb (Ausstattung) ergeben sich im Vergleich zu den bisherigen Überlegungen, wie sie von Seiten der Betreiber vorgelegt wurden? Wie sehen nach dem bisherigen Stand der Planungen die Kostenschätzungen aus? Wann ist mit ersten Schritten zur Umsetzung des Planungskonzepts zu rechnen?

14. 10-F-01-0008

Tarifsteigerungen beim Hessischen Staatstheater

-Antrag der SPD-Stadtverordnetenfraktion vom 14.01.2010-

Die ausgehandelten Tariferhöhungen für die Angestellten und Arbeiter am Hessischen Staatstheater Wiesbaden verursachten für 2009 und die Folgejahre erhebliche Mehrkosten für das Theater. Bisher fehlt von Seiten der LH Wiesbaden die Finanzierungszusage für 2009 und 2010, während das Land Hessen für 2009 den finanziellen Ausgleich zugesichert hat.

Der Ausschuss möge beschließen:

Der Magistrat möge darlegen,

- 1 wann und in welcher Höhe er mit seinem Beitrag zum Betriebskostenzuschuss des Staatstheaters sicherstellen wird, dass die Arbeit des Theaters mit seinen über 500 Mitarbeitern weiterhin in allen Sparten gewährleistet und damit auch auf ihrem hohen künstlerischen Niveau erhalten bleiben kann;
- 2 mit welchen Konsequenzen für die Zusammenarbeit mit dem Land und insbesondere für den Theaterbetrieb am Wiesbadener Staatstheater zu rechnen ist, wenn sich die Stadt in dieser Frage weiterhin einer Lösung verschließt.

Der Magistrat möge berichten, wie bis dato die Verhandlungen mit dem Land Hessen über die Frage der Übernahme der Tarifergebnisse verlaufen sind und darlegen, wie die beiden anderen kommunalen Träger der hessischen Staatstheater (Darmstadt und Kassel) sich in dieser Frage verhalten haben.

15. 10-F-25-0005

Ein Starkes kommunales Kino auch in der Zukunft!

-Gemeinsamer Antrag der Stadtverordnetenfraktionen von CDU, Bündnis 90/Die Grünen und FDP vom 11.01.2010-

Mit dem kommunalen Kino „Caligari“ verfügt die Stadt Wiesbaden über eines der - wie es immer zu Recht heißt - schönsten deutschen Filmtheater. Den Cineasten aus Stadt und Umgebung bietet es ein vielseitiges und anspruchsvolles Programm. Spezielle Events (z.B. Fernsehkrimipreis, exground, Atlantis Natur- und Umweltfilmfest etc.) werden mit großer Resonanz durchgeführt. Im Oktober 2009 wurde das Caligari zum 12. Mal in Folge beim Hessischen Filmpreis mit dem Kinokulturpreis ausgezeichnet. Damit die Erfolgsstory des Caligari sich fortsetzt,

möge der Ausschuss beschließen:

Der Magistrat wird gebeten, folgende Fragen zu prüfen und zu beantworten:

1. Mit welchen Maßnahmen und Kooperationen mit ausländischen Vereinen ist eine bessere Ausnutzung und Rentabilität möglich? Wäre im Interesse einer besseren Ausnutzung/Rentabilität eine Kooperation mit weiteren ausländischen bzw. bi-nationalen Vereinen oder Verbänden denkbar?
2. Welche Möglichkeiten sieht der Magistrat, das Caligari vermehrt den Schulen zur Vervollständigung des Unterrichts zur Verfügung zu stellen?
3. Welche Möglichkeiten gibt es, das Caligari in den Sommerferien in das Ferienprogramm einzubinden?
4. Wie wird die Möglichkeit (auch finanziell) gesehen, das Caligari auch Privaten zur Verfügung zu stellen, z.B. für Familienfeiern, Firmenveranstaltungen?

16. 09-F-01-0070

Stadtteilbibliothek in Dotzheim/IGS Alexej-von-Jawlensky

-Antrag der SPD-Stadtverordnetenfraktion vom 21.08.2009-

ANLAGE: Beschluss Nr. 0172 vom 03.12.2009

17. 09-F-25-0070

Musikproberäume für Jugendliche
-Gemeinsamer Antrag der Stadtverordnetenfraktionen von CDU, Bündnis 90/Die Grünen und FDP vom 26.08.2009-

ANLAGE: Beschluss Nr. 0158 vom 05.11.2009

18. 09-F-01-0092

Raumbedarf des Volksbildungswerkes Bierstadt e.V. (vbw)
-Antrag der SPD-Stadtverordnetenfraktion vom 23.10.2009-

ANLAGE: Schreiben des vbw an Herrn Stadtrat Bendel und Beschluss Nr. 0171 vom 03.12.2009

19. Verschiedenes

Tagesordnung II

- | | |
|--|--------------------|
| 1. 09-V-40-0044 | DL 44/09-10 |
| Freigabe von Mitteln im Rahmen der Grundschulkindbetreuung durch Eltern- und Fördervereine | |
| 2. 09-V-20-0073 | DL 01/10-2 |
| Investitionscontrolling 3. Quartal 2009 | |
| 3. 09-V-41-0027 | DL 44/09-12 |
| Vorabfreigabe von Haushaltsmitteln 2010 Bereich Kultur | |
| 4. 09-V-41-0031 | DL 01/10-3 |
| Abschluss der Internationalen Maifestspiele 2009 | |
| 5. 09-V-41-0033 | DL 03/10-1 |
| Programm und Finanzierung IMF 2010 | |

Falls ein Ausschussmitglied an der Teilnahme verhindert sein sollte, wird um Weitergabe der Einladung gemäß § 62 HGO gebeten.

Im Anschluss an die öffentliche Sitzung tagt der Ausschuss nicht öffentlich, falls Tagesordnungspunkte zur Beratung und Beschlussfassung in nicht öffentlicher Sitzung vorgesehen werden.

Nehrbaß
Vorsitzender